Bosnien-Hilfe

„Mit einer Sauwut“ abgereist

Die Kontaktgruppe für Bosnien aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Rußland droht mit gezielten Wirtschaftssanktionen und einem Stopp angekündigter Hilfsleistungen, wenn der fortdauernde Zwist im Triumvirat des gesamtbosnischen Staatspräsidiums die zivile Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens weiter blockieren sollte. „Mit einer Sauwut“ verließ Bundesaußenminister Klaus Kinkel am vorvergangenen Samstag Sarajevo, nachdem sein Versuch gescheitert war, einen Durchbruch zu erzielen: „Unsere Geduld geht zu Ende.“ Vergebens hatte Kinkel versucht, die drei Mitglieder des neugewählten Staatspräsidiums an einem gemeinsamen Tagungsort zusammenzubringen, damit auch der Serbe Momčilo Krajišnik vereidigt werden konnte. „Wir schicken Friedenssoldaten, pumpen Milliarden ins Land, und ihr findet kein Zimmer zum Unterschreiben“, habe der Bonner Minister, so der mitgereiste CDU-Außenpolitiker Karl-Heinz Hornhues, bei Einzelgesprächen sowohl Krajišnik wie dem Moslem-Präsidenten Alija Izetbegović erklärt und sie „in einem verbalen Gewitter geradezu niedergemäht“. Kinkel erzielte zumindest einen Teilerfolg: Die bosnischen Betonköpfe wollen in Kürze zusammenkommen und den Aufbau gemeinsamer Institutionen vereinbaren. Andernfalls, so drohte die Kontaktgruppe, könnten die Finanzhilfen in Höhe von fünf Milliarden Dollar vorübergehend eingefroren werden.



ACTION PRESS

Kinkel in Sarajevo

Nur „anhaltender Druck von außen“ kann nach Überzeugung der Kontaktgruppe ein politisches Chaos in Bosnien und das Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts zwischen Moslems, Serben und Kroaten verhindern. Es werde aber mindestens zwei Jahre dauern, bis eine „selbsttragende Stabilität“ erreicht sei. Sogar dann werde sich die Teilung des Landes womöglich nicht verhindern lassen. Bonns Sonderbotschafter Christian Pauls in einem Lagebericht über die Befindlichkeit der führenden Bosnien-Akteure: „Man kriegt das Gefühl, die Leute machen Kompromisse, nur um uns einen Gefallen zu tun.“

INTERVIEW

Renten

„Wir klagen wegen Betrugs“

Klaus Michaelis, 51, Direktor der Berliner Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), über Millionen-Pannen bei der Rentenberechnung

SPIEGEL: Bei den Rentenversicherungsanstalten ist nach Stichproben des Bundesrechnungshofs ein Schaden von mindestens 20 Millionen Mark entstanden, weil Renten zu hoch berechnet oder doppelt ausgezahlt wurden. Wie konnte es dazu kommen?

Michaelis: Zu hoch wurde vor allem manche Rente in den neuen Bundesländern berechnet – die Fehler stammen noch aus dem alten DDR-Datenbestand. Zu den Doppelzahlungen konnte es vor 1992 durch Bearbeitungsfehler in den alten Bundesländern kommen.

SPIEGEL: Wer hat da bei den Doppelzahlungen gepfuscht?

Michaelis: Es passierte bei der Neuberechnung von Renten. Aus verschiedenen Gründen wurde eine neue Rentennummer vergeben, während unter der alten die bisherige Rente ungewollt weiterlief. Mitte 1994 konnten die Versicherungsträger erstmals in einem Kontroll-Lauf die Empfängeradressen im gesamten Rentenbestand vergleichen, da kamen die Doppelzahlungen heraus. Auf dieses Material stützt sich der Bundesrechnungshof.

SPIEGEL: Können Sie die zuviel gezahlten Renten, teilweise 100 000 Mark, zurückverlangen?

Michaelis: Die fehlerhaften Doppelzahlungen waren für die Empfänger ohne weiteres erkennbar, deshalb fordern wir das Geld zurück. Rückforderungen sind jedoch wegen des erhöhten Vertrauensschutzes schwierig, wenn die Doppelzahlungen länger als zehn Jahre erfolgten. In diesen 16 Fällen haben wir Strafanzeigen wegen Betrugsverdachts erstattet.



D. GUST

Michaelis

SPIEGEL: Und was ist bei ostdeutschen Renten schiefgelaufen?

Michaelis: 1992 wurden die vier Millionen DDR-Renten auf bundesdeutsches Recht umgestellt. Eine Einzelfallprüfung hätte Jahre gedauert, daher wurde zunächst auf das Leipziger DDR-Datenmaterial zurückgegriffen.

SPIEGEL: Was war falsch an den Leipziger Daten?

Michaelis: In vielen Fällen, vor allem bei den DDR-Mindestrenten, spielte der Arbeitslohn keine Rolle. Da wurde als durchschnittliches Arbeitsentgelt einfach eine Ostmark eingetragen – das haben wir schon 1992/93 zugunsten der Betroffenen berichtigt. Auch der für die Rentenhöhe maßgebliche Zeitraum der Berufstätigkeit stimmte oft nicht, daraus konnten sich zu hohe Rentenwerte ergeben. Allein bei der BfA haben wir 6600 solcher Fälle mit Überzahlungen von 4 bis 840 Mark festgestellt. Sie werden korrigiert, so daß künftig die richtigen Beträge angewiesen werden.

SPIEGEL: Der Rechnungshof nennt weitere Fehlerquellen für Doppelzahlungen und rechnet mit 26 000 mangelhaften DDR-Fällen. Ist ein Schaden von 20 Millionen Mark noch realistisch?

Michaelis: Es wird sicher mehr werden.